



LANDESREGIERUNG IN EILE Schnellschuss in Herberstein

Herberstein im Zwielicht: Unbestritten ist die Wichtigkeit des Tierparks für die Region. Dennoch beschließt die Landesregierung im Schnellverfahren eine neue Zusammenarbeit mit der Familie Herberstein, bevor Untersuchungsausschuss und Staatsanwaltschaft die dubiosen Machenschaften um Fördergelder aufgeklärt haben.

Ein Untersuchungsausschuss durchleuchtet nun die Missstände rund um den Fall Herberstein. Trotzdem hat die SPÖ-ÖVP-Landesregierung bereits grünes Licht für neue Verträge mit dem Adel gegeben.

Werner Murgg (KPÖ), Vorsitzender des Ausschusses zum Fall Herberstein, ist empört: „Mich befremdet vor allem die Haltung der SPÖ. Schließlich war sie es, die den Herberstein-Untersuchungsausschuss gefordert hat. Nun schafft man vollendete Tatsachen, bevor der Ausschuss mit der Zeugenbefragung beginnt.“

Geht es nach der Landesregierung, wird das Land über

eine 100-Prozent-Tochtergesellschaft den Tierpark für 20 Jahre pachten, einschließlich der Schänken und der Souvenirläden. Die Pacht soll pro Jahr 92.500 Euro betragen, obwohl ein Gutachten des Landes 84.000 Euro vorschlägt. Zu einem Verkauf waren die Herbersteins angeblich nicht bereit.

Zur Erinnerung: Insgesamt wurden zwischen 1983

und 2004 Förderungen über knapp 7 Millionen Euro an Herberstein ausgeschüttet. Wieviel davon zu Unrecht bezogen wurde, wissen wir noch nicht. Trotzdem sollen nun nochmals 230.000 Euro als Ablöse bezahlt werden. Zusätzlich berappt das Land 524.300 Euro für den Ankauf von Erweiterungsflächen. Damit nicht genug: Laut dem Gutachten der Wirtschaftskanzlei Rabel sei beim Tierpark mit einem Verlust von bis zu 700.000 Euro pro Jahr zu rechnen. Dazu kommen bis 2009 Investitionskosten von bis zu 2,3 Millionen Euro.

Nach den Vorstellungen

der Landesregierung wird es weiter eine Kombieintrittskarte für Tierpark, Schloss, Gärten und Museum geben. 70 Prozent kassiert das Land, 30 Prozent die Herberstein OHG. Damit besteht weiter eine Geschäftsbeziehung mit der Familie Herberstein.

Werner Murgg: „Unserer Meinung nach ist lediglich ein Kauf der Anlagen, gegen Abzug der widerrechtlich bezogenen Förderungen, vertretbar. Es ist der jahrelang getäuschten Öffentlichkeit kaum zumutbar, wenn das Land weiter mit der Familie Herberstein in einer Geschäftsbeziehung steht!“

Die KPÖ werde dieser Pachtkonstruktion im Landtag auf jeden Fall eine Absage erteilen. Werner Murgg will nicht nur die politische Verantwortung für den Fördermissbrauch geprüft wissen, sondern auch der Frage nachgehen, wie der Tierpark bisher geführt wurde; ob er den Anspruchsriterien für einen wissenschaftlichen Zoo entspricht.

**Helfen statt reden
Beratung in allen Lebenslagen**



in Stadt
& Land **KPÖ**

Notruf 0316/ 877 5104

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Im Landhaus!